

Dringliche Interpellation SP-Fraktion:**«Universität St.Gallen: Reputationsschaden rasch eindämmen**

Im Vorfeld des Strafverfahrens gegen den ehemaligen CEO der Raiffeisen kommen häppchenweise Handlungsweisen des ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten an die breite Öffentlichkeit, die in keiner Weise einer guten Unternehmensführung entsprechen und die involvierten Personen in einem sehr schlechten Licht erscheinen lässt. Es ist davon auszugehen, dass im Verlaufe des Verfahrens weitere problematische Vorgänge an die Öffentlichkeit gelangen.

Ganz direkt betroffen ist damit die Universität St.Gallen, denn mit im Zentrum des Geschehens steht als ehemalige Verwaltungsratspräsident der Raiffeisen Prof. Rüegg-Stürm, Dozent im Bereich gute Unternehmensführung. Der Reputationsschaden der Universität St.Gallen in einem Kernbereich der Lehre ist bereits enorm und wird sich im Laufe des Verfahrens voraussichtlich weiter vergrössern. Exemplarisch zeigt sich hier, dass die Nebenbeschäftigungen der Dozenten potenzielle Gefahrenherde für die Reputation der Bildungsinstitutionen sind und dass diese zu wenig kontrolliert und reguliert werden.

Bisher kamen keine klaren Signale aus dem Bildungsdepartement, der Universität und dem Universitätsrat, wie mit der Krise umgegangen wird und wie der Reputationsschaden eingedämmt werden kann. Dass der Bildungschef, der zuständige Rektor der Universität und Prof. Rüegg-Stürm erst «in naher Zukunft» planen, die Angelegenheit zu besprechen, ist in keiner Weise vertrauensfördernd. Im Interesse der wichtigen Bildungsinstitution besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Folgen und den Schaden der öffentlichen Diskussion um die bekannt gewordenen Vorgänge für das Ansehen der Universität in einem Kernbereich der Lehre ein?
2. In welchem Zeitraum finden die notwendigen Gespräche mit anschliessenden Beschlüssen der zuständigen Gremien statt, mit dem Ziel den Reputationsschaden für die Universität St.Gallen einzudämmen.
3. Wie wird die Öffentlichkeit informiert?»

15. Februar 2021

SP-Fraktion